

Reinhard Schlagintweit

## Scheitert Afghanistan erneut?

19.1.2009

### 1

Das Jahr 2008 war ein schwarzes Jahr für Afghanistan. Das Land wurde endgültig zum zentralen Schlachtfeld im „Krieg gegen den Terror“. Die islamischen Glaubenskrieger griffen fast in allen Provinzen Nato-Truppen und westliche Wiederaufbauteams an. Die Einsicht wächst, dass dieser „asymmetrische“ Krieg militärisch nicht gewonnen werden kann. Gleichzeitig wird deutlich, dass die politischen und administrativen Kapazitäten der afghanischen Regierung nicht ausreichen, um die Loyalität der Bevölkerung zu sichern.

Auch in den Nachbarländern Pakistan und Indien breiteten sich militante islamische Bewegungen aus. In Pakistan verübten Glaubenskrieger Anschläge bis in die Hauptstadt hinein; das Land ist zerrissen. Ende November erhielt auch in Indien die Gefährdung durch den Terrorismus eine neue Dimension.

Der Kampf um die künftige Ausrichtung Afghanistans tritt in eine kritische Phase. Auf der einen Seite verzeichnen die islamischen Extremisten wachsende Erfolge. Auf der anderen ist der neue Präsident der westlichen Führungsmacht fest entschlossen, mit Hilfe von militärischer Macht und politisch-humanitärer Hilfe den islamischen Extremisten eine Niederlage zu bereiten.

In diesem Papier skizziere ich zunächst, warum Afghanistan in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts einmal als Staat scheiterte, und aus welchen Gründen es nun, 7 Jahre nach dem Neuanfang von 2001, erneut in eine schwere Krise gerät. Am Schluss versuche ich wenigstens im Ansatz, einen Ausblick zu geben

### 2

Als ich zwischen 1958 und 1961 an der Deutschen Botschaft in Kabul arbeitete, war Afghanistan ein wunderbares Land - arm, aber stabil und, wie es schien, im Frieden mit sich selbst. Ein allseits verehrten König und der Ministerpräsident, sein Vetter, regierten hart und einigermaßen erfolgreich. Räuber und Aufständische wurden hingerichtet, einige Oppositionelle,

man wusste nicht, wie viele, saßen im Gefängnis. Langsam hielt der Fortschritt Einzug; Schulen wurden eröffnet, Strassen gebaut, der Ganzkörper-Schleier fiel. Alle großen Industriestaaten leisteten großzügig Entwicklungshilfe.

Seit der Mitte der 60er Jahre ging es bergab. Afghanistan wurde zum Prototyp des scheiternden Staates.

In vier Jahrzehnten gab es

- 7 Systemwechsel; (vor 1965 absolutistische Monarchie; 1965 Verfassungsmonarchie; 1974 Republik; 1978 Kommunistischer Putsch; 1979 sowjetische Herrschaft; 1989 halbkommunistische Republik; 1992 Regierung des Peshawar-Bündnisses; 1996 Taliban-Herrschaft; 2002 Petersberg-Republik);
- 3 ermordete oder hingerichtete Präsidenten;
- 2 langjährige Militärinterventionen;
- 30 Jahre Bürgerkrieg;
- von 1979 bis 1989 wurde die Schlussphase des Kalten Kriegs auf afghanischem Boden ausgetragen;
- 2001 eröffneten die USA in Afghanistan den „Krieg gegen den Terror“.

In diesen Brüchen und Katastrophen löste sich die alte Ordnung des Landes immer mehr auf. Man kann auch sagen, die sozialen, politischen und wirtschaftlichen Veränderungen dieser Zeit waren Symptome gesellschaftlicher Krisen an der Schwelle zur Moderne. Es ging um Fragen wie das Verhältnis zwischen Mann und Frau und zwischen den Generationen, um die Formen des Erwerbslebens, und um moderne Phänomene wie Information und Bildung.

Seitdem wird darum gekämpft, welche kulturell-gesellschaftliche Ordnung sich in Afghanistan durchsetzt. Vor 30 Jahren trat eine neue Form des politischen Islam gegen den sowjetischen Sozialismus an. Gegenwärtig drängen westliche Ordnungsvorstellungen mit aller Macht ins Land. Dagegen leisten vor allem Grenzstämme Widerstand, die sich bisher den Prozessen der Veränderung entziehen konnten, welche in der Welt um sie herum in Gang gekommen waren; sie wollen Werte und Vorstellungen zur Grundlage des Staates machen, die sich besser mit den Traditionen der Menschen vertragen; sie decken sich aber nicht mehr mit ihren Vorstellungen. Die meisten brauchen Arbeit und möchten, dass auch die Mädchen etwas lernen.

### 3

Die Anschläge in den USA vom 11.9.2001 waren von der internationalen Terrororganisation al Kaida organisiert worden. Deren Führer lebten in dem von den Taliban, einer fundamentalistischen Bewegung, beherrschten Afghanistan; dort befanden sich auch die wichtigsten Ausbildungslager. Als Reaktion auf die Anschläge vertrieben amerikanische und loyale afghanische Truppen in wenigen Wochen Taliban und al Kaida.

Im Anschluss daran unternahm die Staatengemeinschaft auf dem Bonner Petersberg eine umfassende Anstrengung mit dem Ziel, aus Afghanistan wieder ein stabiles Mitglied der Völkergemeinschaft zu machen. Sie hatte verstanden, dass es falsch gewesen war, das Land sich selbst zu überlassen, als die Sowjetunion 1989 abzog; ein gescheiterter Staat ist eine Gefahr für alle. Großmächte, Nachbarn und Bürgerkriegsparteien beschlossen eine neue Ordnung - Frieden, Demokratie, Menschenrechte, wirtschaftliche Entwicklung.

Anfangs lief alles gut. Der von den USA präsentierte Kandidat, Hamid Karzai, übernahm die Regierung, Hilfsgelder strömten ins Land, es wurde gewählt, anderthalb Millionen Mädchen gingen wieder in die Schule. Fast im ganzen Land konnte man sich frei bewegen. Nur in den Stammesgebieten jagten die Amerikaner mit ihren Verbündeten die Terroristen.

Aber ab 2003 wurde das Land unsicher und feindselig. Es gab immer mehr Anschläge und Entführungen. Die Zahl der Selbstmordattentate stieg von 5 zwischen 2002 und 2004 auf 145 im Jahr 2007; 2008 waren es weit mehr.

Die Glaubenskrieger gingen in die Offensive. Ihre Anschläge breiteten sich aus; sie verunsichern jetzt auch Kabul. Längst sind die Kämpfer nicht mehr nur radikale Zöglinge von Koranschulen und internationale Glaubenskrieger, sondern auch Milizen von Kriegsherren, Drogensöldner, Opfer der alliierten Kriegsführung oder einfach Freiheitskämpfer, die ein weiteres mal gegen den Versuch antreten, Afghanistan unter fremde Herrschaft zu zwingen.

Gleichzeitig verlieren Präsident Karzai und seine Regierung Ansehen und Gewicht. Die Bemühungen um das Schicksal Afghanistans treten in eine neue Phase.

Was sind die Gründe dieses Scheiterns? Ich unterscheide zwischen strukturellen Schwächen und Entwicklungen seit 2001.

#### 4

Zu den strukturellen Schwächen zähle ich:

Afghanistan besitzt keine natürlichen Grenzen. Im Gegenteil: hohe Gebirge bilden das Zentrum und machen große Teile des Landes unwegsam, die Peripherie ist nach fast allen Seiten offen.

Als Staat war Afghanistan das Geschöpf übermächtiger Nachbarn, Britisch-Indien und Russland. Sie wollten am Ende des 19. Jahrhunderts einen Puffer zwischen ihre kolonialen Machtsphären legen und zogen Grenzen, die das Siedlungsgebiet der in der Region lebenden Völker durchschnitteten. Von den

meisten der in Afghanistan vertretenen Ethnien leben mehr Angehörige außerhalb als innerhalb des Landes.

Wirtschaftlich war Afghanistan nie lebensfähig. Lange Zeit zahlte Großbritannien Subsidien; in den 60er und 70er Jahren kamen ca. 40% der Staatsausgaben von den Gebern der Entwicklungshilfe. Heute lebt das Land von der internationalen Unterstützung.

Fast die gesamte wirtschaftliche, administrative und intellektuelle Elite hat Afghanistan in mehreren Schüben verlassen; zuerst nach Beginn der kommunistischen Herrschaft, dann nach ihrem Zusammenbruch, während des Bürgerkriegs und während der Taliban-Herrschaft. Sie fehlten beim Aufbau und der Verwaltung des Staates.

Außerdem floh etwa ein Viertel der Bevölkerung, ca. 5 Mio. Menschen, in die Nachbarländer; ein Teil von ihnen lebt noch heute dort. In den Flüchtlingslagern ersetzten häufig reaktionäre religiöse Bewegungen den traditionellen Zusammenhalt der Familien und Clans. Aus den Lagern in Pakistan kamen die Schüler der örtlichen Koranschulen, aus denen die Taliban ihre Kämpfer rekrutierten.

## 5

Was lief in den 7 Jahren seit der Petersberg-Konferenz falsch? Mir ist bewusst, dass man hinterher immer klüger ist, als in dem Augenblick, in dem die Entscheidungen fallen. 2001 sagte kaum jemand: Das kann so nicht gehen. Vor allem hörte man nicht, wie es besser gemacht werden könnte.

Ähnlich wie andere Afghanistan-Kenner war ich in den 90er Jahren der Ansicht, man hätte den Versuch fortsetzen sollen, die Taliban als Regierung zu behandeln und sie durch Hilfe und Zusammenarbeit langsam für größere politische und soziale Verantwortung zu gewinnen. Die Taliban waren die einzigen, die es geschafft hatten, das Land zu befrieden und eine wenigstens im vormodernen Sinn legitime Ordnung zu errichten. Diese Politik war in Washington eine Zeitlang erwogen worden; sie wurde aber wegen des Protests der amerikanischen Frauenverbände nicht weiter verfolgt.

Im Dezember 2001 sollte eine bessere Herrschaft errichtet werden. Die Verhandlungen fanden in Europa statt, weit weg von Afghanistan und ohne die davon Betroffenen einzubeziehen. Die am stärksten von der Bevölkerung respektierte Kraft, die Taliban, waren von einem Tag auf den anderen kriminalisiert, mit Hilfe ausländischer Truppen vertrieben und von der Macht ausgeschlossen worden. Stattdessen vertraten die Führer der Bürgerkriegsparteien, die seit Jahren ihre Machtspiele vom Nachbarland aus auf dem Rücken der Menschen ausgetragen hatten, sowie der alte König, der seit 25 Jahren in Rom lebte,

die afghanische Bevölkerung. Die in Bonn vereinbarten Strukturen stammten im Wesentlichen von den westlichen Paten.

Als es dann um den Bau des neuen Staates ging, konzentrierten sich die Vereinigten Staaten auf die Vernichtung von al Kaida und die Taliban. Sie stützten sich auf die alten Kriegsherren, unter denen die Bevölkerung jahrelang gelitten hatte. Für den Krieg wurde - und wird - ein Vielfaches dessen ausgegeben, was für den zivilen Aufbau zur Verfügung steht. Die psychologischen und politischen Schäden, die die alliierte Kriegsführung unter der Bevölkerung anrichtete, trugen nicht zur Vertrauensbildung bei.

Die Demokratie überzeugte in Afghanistan nicht. Die Wahlen wurden in der Regel gefälscht, Stimmen gekauft oder erfunden, Gegner umgebracht; das Ergebnis stand gewöhnlich von vorneherein fest.

Viele Vorwürfe richten sich an die ausländischen Hilfsorganisationen:

- Es geschehe zu wenig für das Land; Afghanistan, (dessen Bevölkerung sich in den letzten Jahrzehnten verdreifacht hat, von 12 auf über 30 Millionen), sei immer noch der fünftärmste Staat der Welt. Den Menschen gehe es nicht besser als früher. Die zurückkehrenden Flüchtlinge finden keine Arbeit. Jetzt droht wieder eine Hungernsnot. Hunderttausende suchen Arbeit in Iran, Pakistan oder in den Golfstaaten.
- Die ausländischen Helfer würden vor allem sich selbst helfen. Etwa 40 % aller Hilfsgelder gingen in die Empfängerstaaten zurück, als Aufträge, Gehälter, Honorare, Material, und für die Sicherheit;
- viele Gelder der Entwicklungshilfe würden an der Regierung vorbei in die Projekte oder an örtliche Partner geleitet; allenfalls die Hälfte nehme den Weg über das zuständige Ministerium;
- Es fehle an Konzepten und Koordinierung; die Zahl der in Afghanistan tätigen Hilfsorganisationen wird auf etwa 1000 geschätzt. Jedes Land, jede Nichtregierungsorganisation verwirkliche die Projekte, die es oder sie für wichtig halten.

Vor allem fehlt dem Land eine tüchtige Regierung. Viele dieser Probleme hängen damit zusammen, dass die Regierung nicht in der Lage ist, wesentliche Aufgaben der Planung, Koordination und Kontrolle fremder Hilfe wahrzunehmen. Alle Personen, die für die inhaltliche Arbeit der Verwaltung in Frage kommen, stehen im Dienst ausländischer Hilfsorganisationen, da diese viel höhere Gehälter bezahlen.

Ein Hauptübel ist die um sich greifende Korruption. Beamte, Polizisten oder Postboten verdienen im Monat nicht einmal 100\$; das ist viel zu wenig. Minister, Gouverneure u.ä. können ihre Ämter kaufen und bereichern sich dann ungestraft. Vielen wird die Nähe zu Drogenfürsten nachgesagt. Die Korruption reicht bis in die Nähe des Präsidenten, der traditionelle Instrumente wie Pfründen und Günstlingswirtschaft zur Sicherung seiner Macht einsetzt. Das unterminiert das Ansehen des ganzen Systems.

Präsident Karzai verliert an Ansehen auch weil die meisten Aufgaben, die ihm gestellt waren, ungelöst blieben: die Entwaffnung der Milizen, der Aufbau einer funktionierenden Verwaltung, der Kampf gegen die Korruption.

Es gibt keinen Fortschritt bei der Drogenfrage. Der Umfang der Produktion ist seit 2001 explodiert. Anbau, Verarbeitung und Export von Mohn und seinen Derivaten erbringen etwa 60 % der nationalen Wirtschaftsleistung. Rund die Hälfte der Bevölkerung lebt direkt oder indirekt davon. Die Bauern verdienen mit dem Anbau von Mohn etwa 20 mal soviel wie mit Getreide.

## 6

Ein weiterer Grund für die Probleme Afghanistans ist der Umstand, dass auf seinem Boden Konflikte fremder Mächte ausgetragen werden.

In jüngerer Zeit lieferte der Kalte Krieg dafür ein anschauliches Beispiel. Nach dem Zweiten Weltkrieg überboten sich West und Osten, um das strategisch wichtige Land durch Entwicklungs- und Rüstungshilfe auf die eigene Seite zu ziehen. Als sich abzeichnete, dass die islamischen Kräfte stärker waren als die afghanischen Kommunisten, marschierte die Sowjetunion ein und versuchte, Afghanistan nach ihrem Modell zu modernisieren. Die USA benutzten islamische Glaubenskrieger aus aller Welt, um sie zu vertreiben. Nach 10 Jahren zog die Sowjetunion ab und hinterließ einen politischen Dschungel. Davon profitierten die islamischen Extremisten, die aus Afghanistan vorübergehend einen Gottesstaat machten. Die USA verloren das Interesse an diesem Land und überließen es seinem Schicksal.

Heute spielt der Konflikt zwischen Pakistan und Indien eine wichtige Rolle. Solange Pakistan an einen Krieg mit Indien denkt, will es nicht auf Einfluss in Afghanistan verzichten. Ein Krieg zwischen den Nachbarn ist denkbar, da immer noch wichtige Kräfte in Pakistan den Anspruch auf Kaschmir nicht aufgeben. Pakistans Sicherheitspolitik orientiert sich an dieser Frage; dabei spielt Afghanistan eine zentrale Rolle. Es darf im Ernstfall nicht auf der Seite Indiens stehen, sondern

muss Pakistan als Hinterland, als strategische Tiefe dienen können.

Daher förderte der pakistanische Sicherheitsdienst im afghanischen Bürgerkrieg die Taliban, eine radikale islamische Gruppe paschtunischer Kämpfer, die in pakistanischen Koranschulen erzogen worden waren, und half, sie im Nachbarland zu installieren.

Auch heute werden die Taliban noch vom pakistanischen Geheimdienst geschützt. Seit sie aus Afghanistan vertrieben wurden, bilden die pakistanischen Stammesgebiete ein ideales Rückzugsgebiet für sie. Sie können sich ungehindert regenerieren und mit neuen Kräften wieder in Afghanistan angreifen. Wichtige Führer von Al Kaida, auch Bin Laden, sowie Glaubenskämpfer aus anderen islamischen Ländern halten sich im Grenzgebiet auf und kämpfen mit. Auch deutsche Muslime gehören dazu. Die FAZ berichtete kürzlich, so gut wie alle Terroristen, die in Europa Anschläge durchführten, seien hier ausgebildet worden.

Der pakistanische Nachrichtendienst hielt seine Hand noch über den Taliban, als Präsident Musharraf sich nach dem 11. September demonstrativ an die Seite der USA stellte. In den Stammesgebieten werden nach wie vor Glaubenskämpfer ausgebildet und internationale Kämpfer geschützt. Sie gehen in den Krieg gegen die westlichen Truppen nach Afghanistan; bis in die jüngste Gegenwart hindurch waren sie auch in Kaschmir aktiv.

Die islamischen Glaubenskrieger richten ihre Angriffe zunehmend auf Ziele in Pakistan. Seit der Zerstörung des Marriott Hotels in Islamabad im September 2008, bei der über 50 Menschen starben, droht auch in Pakistan ein Bürgerkrieg. Die Stammesgebiete sind unregierbar geworden. In einigen Teilen kämpft die Armee gegen die Dschihadisten, aber Zweifel bleiben, ob die Streitkräfte es wirklich nicht schaffen, sich durchzusetzen, oder ob die Stämme geschont werden, weil man diese Karte im Spiel mit Indien nicht aus der Hand geben will. Viele Kenner fürchten eine „Talibanisierung“ Pakistans; der Nuklearstaat könnte viel gefährlicher für die Sicherheit des Westens werden als Afghanistan.

Auf der anderen Seite verzichtet Indien nicht darauf, Einfluss auf das Geschehen in Afghanistan zu nehmen. Indien will verhindern, dass Afghanistan zum Satelliten Pakistans wird. Es unterstützt die afghanische Nordallianz, eine nicht-paschtunische Bürgerkriegskoalition, die 2001 mit amerikanischer Hilfe die Taliban aus dem Land jagte und jetzt die Opposition zur Regierung bildet. Es gibt 4 Konsulate für die vielen Inder, die als Kaufleute und Händler in Afghanistan leben. Außerdem leistet Indien großzügig Entwicklungshilfe.

Ein weiterer Konflikt, der mit Afghanistan an sich wenig zu tun hat, beeinträchtigt die Bemühungen um die Befriedung des Landes: der Streit zwischen den USA und Iran.

Iran fürchtet, dass es den Amerikanern gelingt, an der iranischen Ostgrenze langfristig präsent zu bleiben. Präsident Bush verfolgte das Ziel, Iran bis zum Regimewechsel zu schwächen und es zur Aufgabe seiner Nuklearpolitik zu zwingen. Das könnte sich in absehbarer Zeit ändern.

Iran unterstützt daher die Regierung in Kabul nur verhalten. Es hat im Grunde keine Sympathien für die Taliban, die die schiitische Minderheit in Afghanistan blutig bekämpft hatten. Teheran ist an einem stabilen, gemäßigten Nachbarn interessiert. Man profitiert davon, dass ein beträchtlicher Teil des afghanischen Transits durch Iran geht. Hunderttausende Afghanen finden im Nachbarland ein Auskommen; außerdem leidet Iran unter dem Drogenschmuggel.

Offene Gespräche zwischen Washington und Teheran könnten einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung der Lage in Afghanistan leisten.

## 7

2009 verspricht also, ein wichtiges Jahr für das Schicksal Afghanistans zu werden. Eine weitere Verschlechterung der Sicherheitslage ist nicht ausgeschlossen. Für den Herbst sind in Afghanistan Präsidentenwahlen geplant. Vor allem wird sich der Führungswechsel in Washington Afghanistanpolitik der USA auswirken.

Afghanistan steht ganz oben auf der Prioritätenliste des neuen Präsidenten.

Auf der einen Seite will er die militärischen Anstrengungen verstärken, um die Glaubenskrieger nieder zu zwingen; mit Terroristen könne es keine Kompromiss geben. Er will sie, wenn nötig auch im pakistanischen Grenzgebiet mit Waffengewalt bekämpfen.

Gleichzeitig wollen sich die USA wirksamer als bisher um die Bevölkerung kümmern. Sie beabsichtigen, die Wirtschaftshilfe so aufzustocken, dass die Menschen etwas davon spüren. Gleichzeitig soll nach dem in Irak erfolgreichen Rezept die Sicherheit im Land durch enge Zusammenarbeit mit örtlichen Führern und Milizen verbessert werden.

Schon seit letzten Sommer wird versucht, gemäßigte Taliban-Führer, die die Regierung Karzai bekämpfen, für eine Beteiligung am politischen System zu gewinnen. Derartige

Bemühungen werden 2009 sicher einen wichtigen Pol der amerikanischen Strategie bilden.

Ein dritter Bereich ist das regionale Umfeld. Bis jetzt ist offen, ob entsprechende Bemühungen durch bilaterale Kontakte unternommen werden, oder, wie zwei der besten Afghanistankenner, Barnett Rubin und Ahmed Rashid, kürzlich vorschlugen, im Rahmen einer internationalen Kontaktgruppe unter dem Schirm der Vereinten Nationen.

Vordringliche Aufgaben wären

- die Anerkennung der bestehenden Grenzen durch alle Beteiligten. Das gilt vor allem für Kaschmir und die Durand- Linie zwischen Afghanistan und Pakistan;
- der Verzicht der USA auf Vorbedingungen für politische Gespräche mit Iran;
- der Verzicht auf eine militärische amerikanische oder NATO-Präsenz in Zentralasien.

Pakistan ist der wichtigste Partner solcher Bemühungen. Die USA werden noch energischer als bisher darauf dringen, dass das Militär und die Sicherheitsdienste alle Verbindungen zu den extremistischen Gruppen in ihrem Land abbrechen und sie ohne Einschränkung bekämpfen.

## 8

Allzu optimistisch darf man allerdings nicht sein, dass sich die Lage in absehbarer Zeit zum Besseren wendet. Selbst wenn die Dinge gut laufen, wird es Jahrzehnte dauern, bis Fortschritte zu erkennen sind, die sich politisch auswirken. Es gibt Zweifel, ob 20 oder 30 000 mehr amerikanische Soldaten mit den Aufständischen besser fertig werden, als die gegenwärtigen 55 000.

Der Staatsaufbau hat bisher keine Fortschritte gemacht. Die Regierung ist schwach. Man kann sich schwer vorstellen, wann ein Staat auf eigenen Füßen stehen kann, der seine Polizisten vom Ausland besolden lassen muss und dessen wichtigster Wirtschaftszweig international geächtet wird.

Die Voraussetzungen zur Zusammenarbeit mit örtlichen Führern sind in Afghanistan schlechter als im Irak. Der Widerstand gegen Fremdherrschaft geht tiefer, als im arabischen Ländern wie Irak. An wenigen Orten der Welt wird der Kampf der Kulturen und Gesellschaftsordnungen so intensiv geführt, werden die Moderne und ihre Boten so radikal abgelehnt, die USA so heftig angefeindet, wie am Hindukusch. Bisher gibt es keinen Hinweis dafür, dass Taliban-Führer mit einer pro-westlichen Regierung zusammenarbeiten könnten, solange fremde Truppen im Lande kämpfen oder Bedingungen stellen.

Man kann eine derartige Übersicht aber nicht nur mit negativen Aussagen abschließen. Wie könnte es weitergehen in

Afghanistan?

Zu den Horrorszenarien gehört, dass es nicht gelingt, die Taliban zu besiegen und es zu einem landesweiten Bürgerkrieg kommt. Afghanistan könnte in einen mit der internationalen Gemeinschaft verbundenen Nord- und einen von paschtunischen Glaubenskriegern geführten Südstaat zerfallen oder zum Narkostaat werden. Ein eleganteres Modell ist ein Quasi-Protectorat der Vereinten Nationen.

Somalia weist manche Ähnlichkeit mit Afghanistan auf. Auch dort haben Bürgerkriege den Staat zerstört; Gesetzlosigkeit und internationale Kriminalität gedeihen. Bei Wahlen würden streng islamische Parteien gewinnen. So etwas ist auch in Afghanistan denkbar, wenn die USA ihre Truppen zurückziehen

In absehbarer Zeit ist das aber wenig wahrscheinlich. Es wäre eine zu große Demütigung der USA und der Vereinten Nationen, wenn ein so stark gefördertes Land sich vom Westen lossagte und ins Lager der extrem islamischen Staaten überginge.

Mit einem Abzug der USA, ähnlich dem der Sowjetunion vor 20 Jahren, braucht man aber nicht zu rechnen. Die Sowjetunion unterlag damals nicht nur den afghanischen Freiheitskämpfern, sondern auch deren massiver Förderung durch die USA und Pakistan. Letzten Endes war der Verlust Afghanistans Teil der Niederlage im Kalten Krieg. Eine amerikanische Niederlage im Kampf gegen den Terror ist nicht zu erwarten, allerdings auch kein klarer Sieg. Auch mit Vietnam lässt sich Afghanistan nicht vergleichen; dieser Krieg hatte eine andere Dimension.

Die Erfahrung lehrt, dass sich Unzulänglichkeiten am hartnäckigsten halten. Für Afghanistan könnte das heißen, dass die USA und ihre Verbündeten zwar auch in den nächsten Jahren nicht wirklich erfolgreich sind, aber Sicherheit und politische Lage auf einem erträglichen Niveau stabilisieren können. Das Land würde noch Jahre oder sogar Jahrzehnte lang schwach und unter fremdem Schutz bleiben und mit unzulänglichen Strukturen leben.

Unwahrscheinlich ist auch, dass Afghanistan in absehbarer Zeit eine aufgeklärte Demokratie wird. Es spricht mehr dafür, dass sich bestenfalls ein autoritäres Regime mit ausgeprägt religiösem Charakter durchsetzt, das Distanz zu den USA wahrt, ohne auf die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft zu verzichten.